

Impulse für Wachstum und Beschäftigung

Zum Jahreswechsel milliardenschwere Entlastungen für Bürger und Betriebe

Um den Folgen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise wirksam zu begegnen, sind starke konjunkturelle Impulse notwendig. Mit dem „Bürgerentlastungsgesetz“, dem „Gesetz zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums“ sowie den Maßnahmen zur Stabilisierung der Sozialbeiträge werden Bürger und Betriebe um insgesamt 26 Milliarden Euro entlastet. Viele der Entlastungsmaßnahmen greifen zum Jahreswechsel 2010. Sie werden einen nachhaltigen Beitrag dazu leisten, Wachstum zu fördern, Beschäftigung zu stabilisieren sowie mehr Konsum und mehr Investitionen anzuregen.

Voraussetzung zur erfolgreichen Überwindung der Krise sind mehr finanzielle Spielräume für Bürger und Unternehmen. Die konjunkturfördernden Hilfspakete schaffen diese Freiräume.

Hauptprofiteure sind Familien mit Kindern

Größter Nutznießer der im Jahresverlauf beschlossenen Entlastungen sind die Familien. Bereits zum zweiten Mal in 12 Monaten wird das Kindergeld erhöht. Es steigt zum 01.01.2010 um 20 Euro je Kind. Hiervon profitieren vor allem Familien mit kleinen und mittleren Einkommen. Zugleich steigen die Kinderfreibeträge.

Steuerliche Absetzbarkeit von Krankenkassenbeiträgen

Ab Jahresbeginn 2010 können die Aufwendungen für die Kranken- und Pflegeversicherung deutlich stärker steuerlich geltend gemacht werden. Allein diese Einzelmaßnahme des „Bürgerentlastungsgesetzes“ bringt Erleichterungen von 9,5 Mrd. Euro. Zum Juli dieses Jahres wurde zudem der Beitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung um 0,6 Prozentpunkte gesenkt, was einem Volumen von 6 Mrd. Euro entspricht. Auch dies sollte bei allen Diskussionen um mögliche Zusatzbeiträge im nächsten Jahr nicht vergessen werden. Zum Ausgleich konjunkturbedingter Mindereinnahmen wird zudem der

Bundeszuschuss zur gesetzlichen Krankenversicherung im nächsten Jahr nochmals um 3,9 Mrd. Euro aufgestockt - auch dies entlastet die Beitragszahler.

Steuerliche Erleichterungen für Unternehmen

Mit einer ganzen Reihe steuerlicher Einzelmaßnahmen und Korrekturen an der Unternehmenssteuerreform erhalten die Betriebe mehr Luft zur Überwindung der Krise. Regelungen, die sich als krisenverschärfend erweisen könnten, wurden geändert. Wesentlich verbessert sind nunmehr u. a. die Regelungen zur erbschaftsteuerlichen Verschonung beim Unternehmensübergang auf die nächste Generation.

Gezielte Hilfen für die Landwirtschaft

Auch die Landwirte sind von einer konjunkturell schwierigen Situation betroffen und brauchen Unterstützung. Insbesondere die aktuelle Krise auf dem Milchmarkt erfordert Maßnahmen zur Einkommensstützung. In dem von der CSU initiierten „Sofortprogramm für die Landwirtschaft“ sind für 2010 und 2011 ein „Grünlandmilchprogramm“ in Höhe von 500 Mio. Euro, ein höherer Bundeszuschuss von 200 Mio. Euro für die landwirtschaftliche Unfallversicherung sowie ein Krisen-Liquiditätshilfeprogramm von 50 Mio. Euro enthalten.

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit der Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zum Auftakt dieser Wahlperiode am 10. November sind knapp sechs Wochen vergangen. In dieser kurzen Zeit hat die bürgerliche Koalition aus CDU, CSU und FDP deutliche Impulse zur Stärkung von Wachstum und Beschäftigung gesetzt. Bürgerinnen und Bürger sowie Betriebe werden mit dem jetzt endgültig unter Dach und Fach gebrachten Wachstumsbeschleunigungsgesetz um 22 Milliarden Euro entlastet.



Gewiss: Mit den Maßnahmen zur Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise gehen eine deutliche Ausweitung staatlicher Ausgaben sowie eine deutliche Ausweitung der Neuverschuldung einher. Gerade letzteres ist problematisch, aber alternativlos. Denn ohne eine konsequent auf Wachstum setzende Politik werden wir diese Lasten in den nächsten Jahren sicher nicht wieder zurückführen können.

Entlastungen bei Steuern und Sozialbeiträgen sind gerade in der Krise sinnvoll und notwendig. Mehr finanzielle Spielräume für Bürger und Unternehmen sind Voraussetzungen für mehr Konsum, mehr Investitionen und damit für ein verbessertes konjunkturelles Umfeld. Wir werden im nächsten Jahr weiter alles daran setzen, dass wir möglichst bald wieder an unsere erfolgreichen Aufschwungphasen anknüpfen können. Erste Anzeichen in diese Richtung stimmen optimistisch.

Ihnen und Ihren Familien wünsche ich ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest sowie einen guten Start in ein gesundes Neues Jahr

Mit freundlichen Grüßen



Johannes Singhammer MdB

Klimaschutz

Wirksames Klimaschutzabkommen darf nicht scheitern

In ihrer Regierungserklärung zur Kopenhagener Klimaschutzkonferenz appellierte Bundeskanzlerin Angela Merkel eindringlich an die Konferenzteilnehmer, ihre Ziele zur Reduzierung des Kohlendioxid-Ausstoßes zu erhöhen, den Entwicklungsländern langfristige Hilfen zu unterbreiten und die Einhaltung der Ziele einheitlichen Prüfkriterien zu unterwerfen.

Der derzeitige Verhandlungsstand in Kopenhagen muss als überaus kritisch eingeschätzt werden, nachdem die dänische Präsidentschaft mit dem Versuch gescheitert war, ein allseits zustimmungsfähiges Abschlussdokument mit klaren CO₂-Reduktionszusagen vorzulegen. Notwendig ist ein rechtlich verbindliches Abkommen, mit dem es gelingt, die Erderwärmung auf maximal 2 Grad Celsius gegenüber vorindustriellem Niveau zu begrenzen. Deutschland ist Vorreiter beim Klimaschutz. Es bekennt sich dazu, die Treibhausgas-Emissionen

bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Kein bedeutendes Industrieland der Welt hat eine so



ambitionierte Klima- und Energiegesetzgebung wie Deutschland. Deshalb setzen viele der 192 in Kopenhagen versammelten Staaten

ihre Hoffnungen auf eine deutsche Vermittlerrolle. Bundeskanzlerin Merkel kann sich für ihre Verhandlungen in Kopenhagen der vollen Unterstützung der CSU-Landesgruppe gewiss sein.

Spätestens bis Mitte nächsten Jahres sollte es notfalls möglich sein, sich auf ein rechtlich verbindliches Klimaschutz-Abkommen zu verständigen. Ein Scheitern in Kopenhagen wäre in jedem Fall ein riesiger Rückschlag.

Diese Woche

Impulse für Wachstum und Beschäftigung Zum Jahreswechsel milliardenschwere Entlastungen für Bürger und Betriebe	1
Klimaschutz Wirksames Klimaschutzabkommen darf nicht scheitern	2
Sozialversicherungs-Stabilisierungsgesetz Schutzschild für Arbeitnehmer gespannt	2
Bundeshaushalt 2010 Folgen der Krise spiegeln sich im Bundeshaushalt 2010 wider	3
Milchbauern 750 Mio. €, „Sonderprogramm Landwirtschaft“	4
XXXIV. Klausurtagung der CSU-Landesgruppe in Wildbad Kreuth Traditionelle Positionsbestimmung zum Jahresauftakt	5
Untersuchungsausschuss zum Luftschlag von Kunduz Sachaufklärung statt Polit-Tribunal erforderlich	5

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Wolfgang Jenders
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Sozialversicherungs-Stabilisierungsgesetz

Schutzschild für Arbeitnehmer gespannt

Die Folgewirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise beschränken sich nicht allein auf den Bereich der Banken und der Wirtschaft. Betroffen sind nicht zuletzt auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Der am Mittwoch im Bundeskabinett beschlossene Entwurf eines „Sozialversicherungs-Stabilisierungsgesetzes“ spannt deshalb einen Schutzschirm für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Die Krise reißt spürbare Lücken in die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme. Gerade zur Überwindung der Krise ist es aber wichtig, die Sozialbeiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern stabil zu halten und damit die Lohnnebenkosten nicht noch zusätzlich zu belasten. Mit den jetzt auf den Weg gebrachten Maßnahmen wird genau dies erreicht.

Durch die krisenbedingten Einnahmeausfälle und steigende Ausgaben wird bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) im zu Ende gehenden Jahr ein voraussichtliches Defizit von rund 14,9 Mrd. € entstehen. Dadurch wird die Rücklage der BA am Jahresende auf rd. 1,8 Mrd. € gesunken sein. Für das Haushaltsjahr 2010 erwartet die BA - bei einem unveränderten Beitragssatz in Höhe von 2,8 Prozent - ein Defizit in Höhe von rd. 17,8 Mrd. €, was einem Fehlbestand am Jahresende von rd. 16,0 Mrd. € entspricht. Dieser Fehlbestand wird nun nicht als rückzahlendes Darlehen, sondern als einmaliger Bundeszuschuss zur Verfügung gestellt.

Zur Kompensation krisenbedingter Mindereinnahmen in der gesetzlichen Krankenversicherung wird im kommenden Jahr der Bundeszuschuss einmalig um zusätzliche 3,9 Mrd. € aufgestockt. Damit belaufen sich die Zuschüsse des Bundes an den Gesundheitsfonds im kommenden Jahr auf nunmehr insgesamt 15,7 Mrd. €.

Wer für das Alter vorsorgt, der hat auch für den Fall der Arbeitslosigkeit richtig gehandelt und soll dann nicht gleich auf diese Vorsorge zurückgreifen müssen. Die Koalition löst deshalb ihre Zusage jetzt ein: Das Hartz-IV-Schonvermögen, also die Freibeträge für das Altersvorsorgevermögen von Arbeitslosengeld-II-Beziehern werden von 250 € auf 750 € pro Lebensjahr verdreifacht.

Im Gesetzespaket zusätzlich verankert sind Teile des landwirtschaftlichen Sofortprogramms im Umfang von 750 Mio. € - vor allem das Sonderprogramm mit Maßnahmen für Milchviehhalter. (Bericht: siehe S. 4)

Bundeshaushalt 2010

Folgen der Krise spiegeln sich im Bundeshaushalt 2010 wider

Mit dem am Mittwoch von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf des Bundeshaushalts 2010 werden auch für das nächste Jahr alle notwendigen Voraussetzungen geschaffen, um die weiter von der Wirtschaftskrise geprägte konjunkturelle Entwicklung weiter zu unterstützen. Der Bundeshaushalt 2010 ist so ein weiterer Schritt auf dem Weg, Deutschland gestärkt aus der Krise herauszuführen.

Der Haushaltsentwurf für 2010 ist ein Spiegelbild der immer noch anhaltenden Finanz- und Wirtschaftskrise. Dennoch: Ohne die im Sommer ursprünglich vorgesehene Nettokreditaufnahme von 86,1 Mrd. Euro zu überschreiten, werden Kindergeld und -freibeträge erhöht, wird mehr Geld in Bildung und Forschung investiert und werden Regelungen, die für die Wirtschaft wachstumshemmend wirken, entschärft.

Zugleich berücksichtigt der Etatentwurf das von der bürgerlichen Koalition verabschiedete „Sofortprogramm“ mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz, das der Bundestag am 4. Dezember beschlossen hat. Zudem bildet der Haushalt diejenigen Maßnahmen ab, die insbesondere der Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme dienen.

Die wirtschaftliche Lage bleibt schwierig

Insgesamt steigen die Ausgaben des Bundes auf 325,4 Mrd. Euro – eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 7,3 %. Dem stehen konjunkturbedingte Steuereinnahmen von nur 211,9 Mrd. Euro gegenüber, was annähernd dem Niveau des Jahres 2006 entspricht.

Als Folge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise ist auch unser Land mit einem Konjunkturinbruch konfrontiert, wie ihn die Bundesrepublik seit ihrem Bestehen nicht erlebt hat. Seit dem Tiefpunkt der einschneidenden Entwicklung im April erholt sich die Wirtschaft allmählich wieder. Dennoch wird die Wirtschaftsleistung in 2009 um rund 5 % zurückgehen.

Für 2010 wird das Bruttoinlandsprodukt zwar wieder um geschätzte 1,2 % wachsen. Bis zu einer Rückkehr zu erfolgreichen Aufschwungphasen wird jedoch noch viel zu leisten sein. 2010 werden die Weichen hierfür gestellt werden müssen.

Rekordverschuldung für eine rasche Überwindung der Krise

Vor der Krise sah der Finanzplan des Bundes (2008 - 2012) vor, im



Photocase

Jahr 2010 lediglich noch 6 Mrd. Euro neue Schulden aufzunehmen. Jetzt in der Krise summiert sich die Neuverschuldung auf annähernd 80 Mrd. Euro, weil in der gegenwärtigen Konjunkturschwäche wegen sinkender Steuereinnahmen sowie gleichzeitig steigender Ausgaben in den öffentlichen Haushalten erhebliche Finanzierungslücken entstehen. Allein der Bund wird gegenüber dem ursprünglichen Finanzplan des Sommers 2008 im kommenden Jahr Steuermindereinnahmen von gut 43 Mrd. Euro zu verkraften haben.

Auf der Ausgabenseite wird der Bund mit Mehrausgaben für den Arbeitsmarkt von über 23 Mrd. Euro und mit 10 Mrd. Euro höheren Zuschüssen an die gesetzlichen Krankenversicherung dafür Sorge tragen, die konjunkturbedingten Belastungen für die Bürger und Beitragszahler zu begrenzen. Diese krisenbedingten Lücken jetzt über Steuer- und Abgabenerhöhungen oder Ausgabenkürzungen zu schließen, wäre Gift für die Konjunktur. Zur Ausweitung der Staatsausgaben und der Neuverschuldung gibt es in der gegenwärtigen Situation also keine vernünftige Alternative. Beides ist richtig und notwendig, um noch höhere Kosten - z. B. in Form noch höherer Arbeitslosigkeit - für unsere Volkswirtschaft und unser Gemeinwesen zu vermeiden.

Im zu Ende gehenden Jahr sind u.a. mit den beiden Konjunkturpaketen so-

wie dem „Bürgerentlastungsgesetz“ wichtige Impulse zur Bewältigung der Krise gesetzt worden. Diese Maßnahmen entfalten im Bundeshaushalt 2010 nun ihre Wirkung. So stützen z. B. die bereits im Frühjahr 2009 beschlossenen Einkommensteuersenkungen, die Beitragssenkung im Bereich der Kranken- und Arbeitslosenversicherung, die erweiterte Absetzbarkeit der Krankenversicherungsbeiträge sowie die vollständige Wiedereinführung der Pendlerpauschale die Einkommensentwicklung.

Zudem schlagen die Maßnahmen des „Wachstumsbeschleunigungsgesetzes“ im Haushaltsplan 2010 mit rund 4 Mrd. Euro zu Buche. 3,2 Mrd. Euro kommen davon allein den Familien durch die Erhöhung von Kindergeld und -freibetrag zu Gute.

Investitionen in Bildung und Forschung

Gerade in der Krise dürfen Investitionen in die Zukunft nicht vernachlässigt werden. Deshalb steigt der Haushalt im Bereich Bildung und Forschung um beachtliche 7 %. Dies sichert zukunftsfruchtige Arbeitsplätze und Chancen auf den Weltmärkten.

Künftige Herausforderungen

Ab dem Jahr 2011 steht Deutschland vor immensen finanzpolitischen Herausforderungen. 2011 ist das erste Jahr, in dem der Bund die neue Schuldenregel des Grundgesetzes einhalten muss. Das strukturelle Defizit des Jahres 2010 beträgt annähernd 70 Mrd. Euro. Dieses Defizit muss bis 2016 auf etwa 10 Mrd. Euro stufenweise zurückgeführt werden. Die Konsolidierung des Bundeshaushalts, die auch für die Wiedereinhaltung des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts mit der Einhaltung des 3 %-Defizitkriteriums unerlässlich ist, muss dabei mit einer wachstumsfreundlichen Ausrichtung der öffentlichen Finanzen einhergehen.

Milchbauern

750 Mio. €-„Sonderprogramm Landwirtschaft“

Zur Bewältigung der Krise in der Landwirtschaft hat Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner gemeinsam mit der CSU-Landesgruppe weitreichende Unterstützungsmaßnahmen in Höhe von insgesamt 750 Mio. € auf den Weg gebracht. Ein „Sofortprogramm mit Maßnahmen für Milchviehhalter“ als Teil des Paketes wurde am Mittwoch dieser Woche im Bundeskabinett beschlossen.

In den vergangenen Monaten wurden die landwirtschaftlichen Betriebe – insbesondere die Milcherzeuger in Bayern – mit einem unerwartet hohen Verfall der Erzeugerpreise konfrontiert. Die damit verbundenen Einbußen haben zu erheblichen Liquiditätsschwierigkeiten in den Betrieben geführt.

Für eine flächendeckende Landbewirtschaftung hat die Milchviehhaltung auf Grünland eine herausragende Bedeutung. Die Milcherzeugung befindet sich insbesondere in Regionen, die wie in den Alpen von erheblicher Bedeutung für unsere Kultur- und Urlaubslandschaften sind. Grünlandflächen, die insbesondere für die Milcherzeugung genutzt werden, speichern erhebliche Mengen Kohlenstoff; ihre Erhaltung ist deshalb auch aktiver Klimaschutz. Darüber hinaus haben Grünlandflächen auch eine wichtige Funktion für die Erhaltung der Artenvielfalt.

Zur Überwindung der Krise in der Landwirtschaft wird deshalb für die kommenden zwei Jahre ein Sonderprogramm mit Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen in Höhe von insgesamt 750 Mio. € geschnürt, von denen insbesondere Milcherzeuger profitieren werden.

Grünlandmilchprogramm

Das Grünlandmilchpaket wird über ein dreistufiges Maßnahmenbündel umgesetzt werden:

Grünlandprämie: Für Milcherzeuger wird für die Jahre 2010 und 2011 eine Grünlandprämie eingeführt. Die Prämienhöhe wird voraussichtlich bei ca. 37 €/ha Grünland liegen. Hierfür sind 2010 und 2011 jeweils 113 Mio. € vorgesehen (2 Mio. € EU-Mittel und 111 Mio. € Bundesmittel).

Kuhprämie: Als zweite Beihilferegulierung für Milcherzeugungsbetriebe wird eine Kuhprämie in Höhe von ca. 20 € je Kuh für die Jahre 2010 und

2011 geschaffen. Diese Maßnahme wird als De-Minimis-Beihilfe gewährt, so dass hier die Obergrenze von 7.500 € innerhalb von drei Jahren Anwendung findet. Für die Kuhprämie



sind im nächsten Jahr 85 Mio. € und 75 Mio. € für 2011 vorgesehen.

Erhöhung des Bundeszuschusses zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung

Die verbleibenden Mittel aus den 500 Mio. € des Grünlandmilchprogramms werden für eine zusätzliche Aufstockung der Bundesmittel in der Landwirtschaftlichen Unfallversicherung (LUV) verwendet. Aufgrund einer Umstellung der Risikoklassen werden davon besonders viehhaltende Betriebe profitieren. Der LUV-Bundeszuschuss wird in 2010 damit um weitere 200 Mio. € auf 300 Mio. € aufgestockt. Mit diesen Mitteln können die Beiträge im Bundesdurchschnitt um rund 45 % gesenkt werden. Gewährt wird diese Entlastung in den beiden kommenden Jahren in Form von Gutschriften in den Beitragsbescheiden der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften.

Krisenliquiditätsprogramm

Das neue für 2010 und 2011 mit insgesamt 50 Mio. € dotierte Programm soll sich inhaltlich und zeitlich möglichst nahtlos an das bereits im laufenden Jahr angebotene erfolgreiche Liquiditätshilfeprogramm des Bundes anschließen. Für die Zinsverbilligung von Liquiditätshilfedarlehen durch die landwirtschaftliche Rentenbank hatte die Bundesregierung

bereits im Frühsommer 25 Mio. € zur Verfügung gestellt.

Gesamtpaket mit weiteren Unterstützungsmaßnahmen

Neben dem Sonderprogramm sind in dem Gesamtpaket folgende Elemente enthalten, die bereits in den vergangenen Monaten auf den Weg gebracht wurden:

- ◆ Vorziehen der Auszahlung der Betriebsprämie für 2009 auf den 1. Dezember.
- ◆ Entlastung beim Agrardiesel: Die bisher befristete Streichung des Selbstbehalts und der Obergrenze beim Agrardiesel wird dauerhaft fortgeführt. Darüber hinaus soll auf europäischer Ebene auf eine einheitliche Besteuerung des Agrardiesels hingewirkt werden.
- ◆ EU-Milchfonds: Deutschland stehen aus dem EU-Milchfonds im nächsten Jahr 150 Mio. € zur Verfügung. Bis 2013 werden diese Mittel auf ca. 300 Mio. € je Jahr anwachsen - insbesondere für Investitionsbeihilfen im Milchsektor sowie für Grünland- und Weideprämien.
- ◆ EU-Milchprogramm: Deutschland stehen aus dem 300 Mio. € umfassenden EU-Sofortprogramm für Milcherzeuger voraussichtlich 61 Mio. € zur Verfügung. Diese Mittel sollen als zusätzliche Grünlandprämie in Höhe von knapp 20 €/Hektar unbürokratisch ausbezahlt werden.

Das maßgeblich von der CSU initiierte Gesamtpaket reagiert schnell und effektiv auf die gegenwärtigen Probleme der deutschen Landwirtschaft und insbesondere der Milcherzeuger. Das Sofortprogramm wird nicht alle Probleme lösen können. Aber es wird dazu beitragen, den Betrieben Sicherheit für die kommenden Wirtschaftsjahre zu geben.

XXXIV. Klausurtagung der CSU-Landesgruppe in Wildbad Kreuth

Traditionelle Positionsbestimmung zum Jahresauftakt

Vom 06. bis 08.01.2010 versammeln sich die Mitglieder der CSU-Landesgruppe zur inzwischen 34. Jahresauftakt-Klausur in Wildbad Kreuth. Ihrer Tradition entsprechend beraten die CSU-Bundestagsabgeordneten dort jenseits der parlamentarischen Tagesarbeit grundsätzliche Themen und Akzente ihrer politischen Arbeit für das neue Jahr.

Nachdem sich die CSU-Landesgruppe in den zurückliegenden Jahren erfolgreich an die Spitze derjenigen gestellt hatte, die für eine stärkere Beteiligung der nationalen Parlamente an europäischen Entscheidungsprozessen eingetreten waren, wird ein Schwerpunkt der Klausurtagung zum Jahresauftakt 2010 die weitere europäische Entwicklung sein. Gast des europäischen Meinungsaustausches wird der frisch gewählte Präsident des Europäischen Rates, Herman van Rompuy, sein, den die CSU-Bundestagsabgeordneten bei seinem

ersten Deutschlandbesuch in dieser Funktion begrüßen können. Als Gast des traditionellen Kammingesprächs am Abend des ersten Klausurtages wird zudem der ehemalige Außenminister der tschechischen Republik, Karl Fürst zu Schwarzenberg, erwartet.

Mit Dr. Jürgen Rüttgers MdL, dem Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, werden die CSU-Bundestagsabgeordneten die weitere Reformagenda im Vorfeld der Landtagswahlen im bevölkerungsreichsten Bundesland diskutieren.

Wirtschaftspolitische Themen stehen im Vordergrund der Gespräche mit Prof. Dr. Franz-Christoph Zeitler, dem Vizepräsidenten der Deutschen Bundesbank, sowie mit Prof. Dr. Beatrice Weder di Mauro, Mitglied im deutschen Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung („Fünf Wirtschaftsweisen“).

Zu einem politischen Bericht wird zudem der CSU-Vorsitzende und Bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer erwartet.

Untersuchungsausschuss zum Luftschlag von Kunduz

Sachaufklärung statt Polit-Tribunal erforderlich

In dieser Woche hat der Deutsche Bundestag einvernehmlich den Verteidigungsausschuss als Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der näheren Umstände des Luftschlags in der Nähe von Kunduz eingesetzt. Inwieweit der Opposition in diesem Ausschuss tatsächlich an der notwendigen Sachaufklärung gelegen ist, muss sich erst noch erweisen. Die Debattenkultur einzelner Oppositionsvertreter in der „Aktuellen Stunde“ dieser Woche lässt zumindest den Schluss zu, dass es ihr eher um ein Polit-Tribunal über einzelne handelnde Personen als um Aufklärung geht.

Auftrag des Untersuchungsausschusses ist es, Klarheit zu schaffen über die näheren Umstände des Luftschlags gegen zwei von Taliban-Kämpfern entführte Tanklastzüge sowie über die näheren Informationswege zu diesem Vorfall im Verteidigungsministerium. Es gilt die Zusage von Bundesverteidigungsminister zu Guttenberg, bei der Aufklärung größtmögliche Transparenz und Öffentlichkeit zu gewährleisten. Eine öffentliche Zurschaustellung einzelner Zeugen, insbesondere von Soldaten der Bundeswehr, sollte sich dabei verbieten. Aus heutiger Sicht und sicherer Entfernung zum Gefahrengebiet lassen sich leicht Urteile bilden. Bei der Aufklärung muss jedoch berücksichtigt werden, dass sich die beteiligten Bundeswehrsoldaten in einem überaus schwierigen Abwägungsprozess befunden haben. Den verantwortlichen Einsatzführern obliegt schließlich zu allererst auch die Sicherheit und der Schutz der

eigenen Soldaten, die in Afghanistan einen gefährlichen Einsatz leisten. Wie gefährlich dieser Einsatz ist, zeigte sich vor wenigen Tagen, als bei einem Taliban-Angriff zwei Bundeswehrsoldaten schwer verletzt wurden.

Die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr werden den Fortgang des Untersuchungsausschusses in den kommenden Wochen mit großem Interesse verfolgen. Sie werden daraus unweigerlich Rückschlüsse über ihre Unterstützung seitens der Politik ziehen. Alle Beteiligten an dem Untersuchungsausschuss stehen deshalb in der Pflicht, verantwortlich und umsichtig zu handeln sowie alles zu unterlassen, was die Bundeswehrsoldaten in internationalen Einsätzen weiter verunsichert. Die CSU-Landesgruppe steht zur Bundeswehr.

Die aktuell beinahe im Stundentakt vorgebrachten Vorwürfe gegen Ver-

teidigungsminister zu Guttenberg sind durchsichtige Manöver. Anstatt reflexartig auf angebliche Enthüllungen anzuspringen, sollte die Opposition auf eine sachgerechte Aufarbeitung im Untersuchungsausschuss vertrauen. Die vorschnellen Forderungen nach weiteren personellen Konsequenzen an der Spitze des Bundesverteidigungsministeriums werden sich als haltlos und voreilig erweisen. Sie sind nichts weiter als der durchsichtige Versuch, aus dem Luftschlag, bei dem es bedauerlicher Weise auch zivile Opfer gab, politisches Kapital zu schlagen.

Verteidigungsminister zu Guttenberg hat eine umfassende und transparente Aufklärung zugesagt und treibt sie aktiv voran. Es muss nicht noch eigens betont werden, dass die CSU voll und ganz hinter ihrem Minister und hinter der Bundeswehr steht. Die Bundeswehr hat volle Rückendeckung aus der Heimat verdient.